

Süddeutsche Zeitung

MÜNCHNER NEUESTE NACHRICHTEN AUS POLITIK, KULTUR, WIRTSCHAFT UND SPORT

WWW.SÜDDEUTSCHE.DE

HMG

MÜNCHEN, MONTAG, 19. AUGUST 2013

69. JAHRGANG / 34. WOCHE / NR. 190 / 2,30 EURO

Das Streiflicht

(SZ) Wussten Sie, dass sieben Hornissen ein Pferd totstechen können, während für die Hornisse oft schon der Biss eines einzigen Pferdes tödlich ist? Scherzfragen wie diese zeigen, wie wenig wir Menschen von den Insekten wissen, und bei den Hornissen kommt erschwerend hinzu, dass viele glauben, das seien in Wahrheit Hummeln. Von den Hummeln selbst erzählen die Kundigen unter uns, dass diese, bei ihrem Gewicht und der Fläche ihrer Flügel, nach den Gesetzen der Aerodynamik überhaupt nicht fliegen könnten, und wenn man diese Klugen darauf hinweist, dass eben eine Hummel vorbeigeflogen sei, sagen sie, das beweise noch lange nichts. Vor diesem Hintergrund muss Nikolai Rimski-Korsakows „Hummelflug“ gesehen werden, ein Stück, das jetzt in Dresden auf einer Basstuba binnen 54 Sekunden gespielt wurde, schneller also, als jede Hummel durch diese hundert Takte fliegen könnte.

Der „Hummelflug“ ist eine der beliebtesten Genrenummern der Musikgeschichte, ein musikalischer Jux, der auch ohne seinen programmatischen Titel verstanden würde. Wo es derart lustig hergeht, muss man fast einen traurigen Hintergrund vermuten. Im Fall des „Hummelflugs“ sieht er so aus, dass die Piece ursprünglich nur ein Interludium in Rimski-Korsakows „Märchen vom Zaren Saltan“ war, doch wie es oft so kommt: Die Oper selber kennt kaum noch jemand, das Zwischenspiel aber hat sich selbständig gemacht und die Welt erobert. Wird heute im Kreuzworträtsel nach einem Werk von Nikolai Rimski-Korsakow gefragt, kann man, ohne erst die Kästchen abzuzählen, sofort den „Hummelflug“ eintragen. Zum Traurigen gesellt sich das Groteske. Während nämlich die Hummel eher gemächlich und gemütlich brummend dahinfliegt, wird ihr musikalisches Geschwister von den Virtuosen als eine Art Kampfhubschrauber durch die Salons und Konzertsäle gejagt, und man fragt sich, ob Francis Ford Coppola seinen Film „Apocalypse Now“ statt mit dem „Walkürenritt“ nicht auch und ähnlich wirksam mit dem „Hummelflug“ hätte unterlegen können.

Zusammen mit Vittorio Montis „Csárdás“ führt der „Hummelflug“ beim Grand Prix der rasanten Rauschmeißer, doch anders als der dank langsamer Passagen nur schwer berechenbare „Csárdás“ lässt sich der „Hummelflug“ gut stoppen. Lange hatten in diesem Wettbewerb die beweglichen Violinen die Nase vorn. Der britische Geiger Oliver Lewis spielte ihn in 63 Sekunden, ließ dabei aber musikalische Schwächen erkennen, weshalb David Garrett mit fehlerfreier 66,56 und Ben Lee mit aberwitzigen 54,24 Sekunden bislang die Champions waren. Sie alle hat jetzt der Solotubist der Dresdner Philharmonie, der für Virtuosität und Spielwitz gleichermaßen bekannte Jörg Wachsmuth, sozusagen in den Ausspuff schauen lassen. Unter den Hummeln ist die Wahl gerade dieses Instruments ausgesprochen positiv vermerkt worden.

HEUTE

Meinung
Im Bundestagswahlkampf herrscht große Flaute. Das Land hat Besseres verdient 4

Feuilleton
Ist die Skulptur ein veraltetes Medium? Von wegen. Sie erzählt vom Leben 9

Wirtschaft
Wegen der Ausschreitungen in Ägypten schließen auch deutsche Konzerne dort ihre Büros 17

Medien
Tod eines Alster-Aristokraten: Der Journalist Claus Jacobi ist gestorben 23

Sport
Wieder geht der HSV mit einem Fehlstart in die Saison. Das hat auch finanzielle Gründe 25

TV-/ Radioprogramm 24
Forum & Leserbrief 15
Kino · Theater im Lokalteil
Rätsel 31
Familienanzeigen 30

Süddeutsche Zeitung GmbH, Hultschiner Straße 8, 81677 München; Telefon 089/2183-0, Telefax -9777; redaktion@sueddeutsche.de
Anzeigen: Telefon 089/2183-1010 (Immobilien- und Mietmarkt), 089/2183-1020 (Motormarkt), 089/2183-1030 (Stellennmarkt, weitere Märkte), Abo-Service: Telefon 089/21 83-80 80, www.sz.de/abo
A, B, E, F, GR, I, L, NL, SLO, SK: € 2,90; drk: 22; E 2,90; kn 26; sfr: 4,80; czk 85; Ft 750



Roter Schlips, rote Hose: Peer Steinbrück und NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft reichen sich bei der Party in Berlin zum 150. Geburtstag der SPD die Hand, umrahmt in der ersten Reihe von (v.l.) Parteichef Sigmar Gabriel, Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier und Hamburgs Bürgermeister Olaf Scholz. FOTO: GALLUP/GETTY

Gabriel beklagt „Ängstlichkeit“ in der SPD

Parteichef appelliert an führende Sozialdemokraten, die kaum noch Hoffnung auf einen Wahlsieg im September haben. Kanzlerkandidat Steinbrück will mit neuer Kampagne gegen Steuerflucht punkten

VON SUSANNE HÖLL

Berlin – In der SPD-Führung wächst die Sorge vor einer Niederlage bei der Bundestagswahl am 22. September. Entgegen allen öffentlichen Bekundungen der Zuversicht äußerten zuletzt etliche namhafte Sozialdemokraten aus Bund und Ländern erhebliche Bedenken an einem rot-grünen Wahlerfolg. Der Parteivorsitzende Sigmar Gabriel forderte deshalb die Partei zu Kampfesmut auf: „Ja, ich kenne die Ängstlichkeit mancher Funktions- und Mandatsträger vor dem 22. September auch.“

Mit Blick auf die jüngsten Umfragen wird bezweifelt, ob SPD und Grüne den Abstand zu Union und FDP in den nächsten fünf Wochen aufholen können. „Dazu müsste eigentlich ein Wunder geschehen“, sagte ein führender SPD-Politiker, der sei-

nen Namen nicht genannt haben wollte. Ein zweiter formulierte die Stimmungslage so: „Ich gebe die Wahl noch nicht ganz verloren. Aber es wird sehr schwierig.“

Gabriel rief die Zweifelfinder auf, sich ein Beispiel an der nach seinen Worten hoch motivierten Basis zu nehmen. Wer die SPD-Mitglieder an diesem Wochenende bei der großen Feier zum 150-jährigen Bestehen der Partei erlebt habe, „wird nicht auf die Idee kommen, der Wahlkampf sei wegen der Umfragen bereits verloren gegeben.“

Bei dem Fest in Berlin sollen nach SPD-Angaben am Wochenende insgesamt 500 000 Besucher gewesen sein. Die große Mehrheit der Wähler sei noch unentschieden. „Und um die kämpfen wir“, sagte Gabriel. Er hatte zuletzt mit seinem Votum für einen kleinen Parteitag Ende September dafür gesorgt, dass intern und öffent-

lich über Notfallplanungen der SPD für die Zeit nach der Wahl diskutiert wurde.

Kandidat Peer Steinbrück und mit ihm die Spitze wollen in den nächsten Wochen insbesondere mit zwei Themen um Wähler werben. Nach Angaben aus Parteikreisen will die SPD stärker den Blick auf ihre Pläne zum Kampf gegen legale Steuerflucht internationaler Großkonzerne lenken. Sie stellt den Bürgern in Aussicht, dass die von ihr geplanten Steuererhöhungen für Gutverdiener im Lauf der Jahre schrittweise zurückgenommen werden könnten, wenn die Steuerflucht und die Steuerhinterziehung eingedämmt werde. Damit trägt die Spitze auch innerparteilichen Bedenken gegen Steuererhöhungen Rechnung. Auch soll es eine Kampagne für die mehr als eine Million Beschäftigten in Erziehungs- und Pflegeberufen geben. Die SPD verspricht,

deren Arbeitsbedingungen zu verbessern und nach Möglichkeit auch die Löhne zu erhöhen.

Die Debatte um eine große Koalition, die angesichts der Umfragen schwelt, erfasste auch das Regierungsbündnis. Kanzlerin und CDU-Chefin Angela Merkel hat zwar beizeiten erklärt, dass sie ein Bündnis mit den Sozialdemokraten nicht grundsätzlich ausschließt. Am Sonntag sagte sie jedoch im ZDF: „Das will niemand.“ Weiter sagte sie: „Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass die Wahl sehr, sehr knapp ausgehen wird.“ Die schwächelnde FDP warb um die Gunst von Unionsanhängern. Generalsekretär Patrick Döring sagte der *Bild* am Sonntag: „Alle Spekulationen über eine große Koalition in der Union zeigen eins: Wer die Fortsetzung von Schwarz-Gelb will, muss FDP wählen.“ > Seiten 4 und 5

Dessert der Süchtigen

Nordkoreas Jugend ist Amphetamin-Pillen verfallen

Die chinesischen Beamten waren ratlos. Binnen weniger Jahre war im Grenzgebiet zu Nordkorea die Zahl der Drogenabhängigen massiv gestiegen. Mitte der Neunzigerjahre noch registrierten die Behörden in der Grenzstadt Yanji 44 Süchtige, 2010 waren plötzlich mehr als 2100 Abhängige aktenkundig. Und fast alle nahmen sie „bingdu“ (Eis), so nennen die Süchtigen ihren Stoff, das Amphetamin.

Es waren dies die ersten Warnzeichen, dass Nordkoreas Jugend ein Drogenproblem hat. In der Volksrepublik China wird eigentlich kaum Rauschgift konsumiert, die am stärksten verbreitete Droge ist Heroin – gespritzt von 70 Prozent der Süchtigen. In der Provinz Jilin schluckten aber binnen weniger Monate 90 Prozent der Abhängigen Amphetamine.

Das Eis der Süchtigen stammt aus Nordkorea. Seit Jahrzehnten werden jenseits der Grenze Amphetamine hergestellt – für die Armee. Im Zweiten Welt-

krieg setzten die Japaner die Droge ein. Den Kamikaze-Fliegern verabreichte man sogenannte Angriffstabletten – Amphetamine, gestreckt mit grünem Teepulver. Die nordkoreanischen Truppen haben diese übernommen. Soldaten, die eine solche Pille intus haben, können tagelang Wache schieben.

Bis vor einem Jahr funktionierte die staatliche Produktion. Irgendwann brach das System jedoch zusammen, überall im Land entstanden kleine Labore. Eine Küche, ein paar Chemikalien und ein Ingenieur reichen aus. Banden exportieren das Rauschgift seitdem nach China, gedeckt von korrupten Kadern. Viel schlimmer noch: Tausende Nordkoreaner selbst schlucken die Pillen.

Der angesehene Nordkoreaspezialist Andrei Lankov hat nun gemeinsam mit der koreanischen Wissenschaftlerin Kim Seok Hyang erstmals Flüchtlinge über den Drogenmissbrauch im Norden befragt und die Ergebnisse in der aktuellen Ausgabe der Fachzeitschrift *North Korean Review* veröffentlicht. Sie sind besorgniserregend. Spätestens seit 2010, schreiben Lankov und Kim, habe Nordkorea ein ernsthaftes Drogenproblem. Einer der Interviewten, ein Bauarbeiter, schätzt, dass 70 Prozent seiner Kollegen Amphetamine nahmen. Andere Flüchtlinge geben an, dass „fast alle“ Teenager inzwischen Erfahrungen mit der Droge hätten.

Die erste Welle des Konsums begann wohl 2005. Es waren vor allem die Neurei-

chen, die zuerst Amphetamine schluckten: Korrupte Beamte etwa oder Händler, die ins benachbarte China reisten. Wer die Droge nahm, der gehörte zur Oberschicht. In manchem teuren Restaurants bot man sich die Tabletten nach dem Essen an, als wäre es ein Dessert oder ein Espresso. Bald danach setzten die zweite und dritte Welle ein.

Inzwischen ist die Drogensucht so stark verbreitet, dass Amphetamine sich zu einer Drittwahl in Nordkorea entwickelt haben, schreiben Lankov und Kim. Statt mit Dollar oder chinesischen Yuan lassen sich Beamte auch mit Pillen bestechen. All das hat ernste Folgen: Viele Konsumenten sind erkrankt. Sogar ein eigenes Wort wurde im Norden für die Drogensucht gefunden: „Munlan“. Spricht man mit nordkoreanischen Flüchtlingen, die es vor 2008 in den Süden geschafft haben, können sie mit dieser Vokabel nichts anfangen. CHRISTOPH GIESEN

Ägyptens Machthaber wollen hart bleiben

Armeechef ruft Islamisten zur Umkehr auf und verbietet Bürgerwehren. Muslimbrüder halten sich bei Protesten zurück

Kairo – Ägyptens Armeechef Abdel-Fattah al-Sisi hat die Islamisten aufgerufen, ihre Position zu überdenken. Er betonte, die Armee werde der Gewalt nicht länger zusehen. Gleichzeitig sagte er, das Militär habe kein Interesse an politischer Macht. Bei einem Treffen hochrangiger Armee- und Polizeiführer unterstrich er die Entschlossenheit der Armee, das Land vor der Gewalt von Islamisten zu bewahren. Ägypten lasse sich nicht in die „Knie zwingen“.

Am Sonntagabend verbot die Regierung Bürgerwehren. Das Innenministerium erklärte, es habe die Bildung von „Volkskomitees“ zur Sicherung von Vierteln untersagt, „die benutzt werden, um illegale Handlungen zu begehen“. Die Muslimbrüder sagten einige Protestmärsche aus Sicherheitsgründen ab. Bei einer Geiselnah-

me während eines Ausbruchs von festgenommenen Muslimbrüdern in Kairo kamen am Sonntag möglicherweise 38 Menschen ums Leben. Das berichtete der Nachrichten sender Al Jazeera am Abend.

Bei Zusammenstößen von Anhängern des gestürzten Präsidenten Mohamed Mursi und Sicherheitskräften waren in den vergangenen Tagen tausend Menschen gestorben, vor allem Islamisten. Es kamen aber auch Polizisten, Christen oder Unbeteiligte um. Unter den Mursi-Anhängern starben Kinder hochrangiger Muslimführer.

Außenminister Nabil Fahmi erklärte, sein Land sei offen für Anregungen der internationalen Gemeinschaft, allerdings führe jeder Versuch einer Lösung von außen zu einer Vertiefung der Kluft in der Ge-

sellschaft. Gleichzeitig wies er Drohungen von Einstellungen ausländischer Zahlungen zurück. Dies sei „nicht akzeptabel“, die Behörden handelten gemäß internationalen Standards. Die EU kündigte an, dass sie ihre Beziehungen zu Ägypten, „überdenken“ wolle. Bundeskanzlerin Angela Merkel will angesichts der Gewalt einen Stopp der Waffenexporte in das Land prüfen. „Wir werden die Situation neu bewerten müssen“, sagte sie am Sonntag im ZDF-Sommerinterview.

Auch in den USA sind immer mehr Abgeordnete der Ansicht, dass die Militär- und Wirtschaftshilfe in Höhe von 1,5 Milliarden Dollar für das Land ausgesetzt werden sollte. Die USA sollten die Gelder einbehalten, sagte der republikanische Senator John McCain. Sicherheitskräfte räumten die Mo-

schee am Ramses-Platz, dabei wurden 385 Menschen festgenommen. Moscheen dürfen nach dem Willen der Regierung künftig nur noch zu den Gebetszeiten öffnen. Die brutale Taktik der Sicherheitskräfte scheint Ergebnisse zu zeigen. Die Muslimbrüder hatten am Sonntag zu weiteren Sternmärschen aufgerufen. Am Sonntag aber sagten sie einige Demonstrationen ab. Später zogen zwar dennoch kleinere Märsche Richtung Verfassungsgericht. Dutzende Führer der Islamisten wurden verhaftet, darunter der Bruder von Al-Qaida-Chef Aiman al-Sawahiri, Mohammed. Friedensnobelpreisträger und Ex-Vizepräsident Mohamed ElBaradei ist offenbar nach Wien ausgereist. Er war nach seinem Rücktritt wegen der Gewalt scharf kritisiert worden. SONJA ZEKRI > Seite 2

„Völlig überzogen“

Gibraltar macht der spanischen Regierung schwere Vorwürfe

Gibraltar – Der Chefminister von Gibraltar, Fabian Picardo, hat der spanischen Regierung vorgeworfen, Differenzen um ein künstliches Riff vor der Halbinsel hochzuspielen, um von eigenen Korruptions- und Schwarzgeldaffären abzulenken. In einem Interview der *Süddeutschen Zeitung* legt Picardo dar, dass das Riff aus durchlöcherter Betonblöcken der Erholung der Meeresfauna in einem überfischten Abschnitt diene. Die von Madrid angeordnete schleppende Grenzabfertigung, die im Hochsommer stundenlange Wartezeiten entstehen lässt, und die Drohung, den Luftraum für Flugzeuge nach Gibraltar einzuschränken, seien völlig überzogen. Sie schadeten Tausenden Spaniern aus der Region, die in Gibraltar arbeiteten. Picardo, der der Labour Party Gibaltars angehört, unterstellt der Führung in Madrid, das autonome britische Überseegebiet wieder an Spanien anschließen zu wollen. sz > Seite 7

Kritik am Handel mit Patientendaten

Hamburg – Der Apotheken-Dienstleister VSA soll Rezeptdaten an ein Unternehmen verkaufen, bei denen die Versichertennummern der Patienten nicht ausreichend verschlüsselt sind. Das berichtet der *Spiegel* mit Verweis auf vertrauliche Dokumente. Das Rechenzentrum VSA bearbeitet jährlich 140 Millionen Rezepte. Schleswig-Holsteins Datenschutzbeauftragter spricht von einem Skandal. > Seite 5

ADAC greift in Spitzel-Affäre durch

München – Der ADAC greift erstmals in die Autonomie einer seiner 15 Regionalniederlassungen ein. Er reagierte damit auf einen langen juristischen Streit zwischen der Geschäftsführung seiner Filiale Niedersachsen/Sachsen-Anhalt und dem Betriebsrat. Dabei geht es um den Vorwurf der Bespitzelung der Arbeitnehmervertretung und einzelner Mitarbeiter. In dem Club kam es in kurzer Zeit zu 100 Arbeitsgerichtsverfahren. ADAC-Präsident Peter Meyer sagte der SZ, sein Konzept werde die Lage beruhigen. sz > *Wirtschaft*

Münchner stirbt bei Gondel-Unfall

Rom – Vor den Augen seiner Familie ist ein deutscher Venedig-Tourist auf dem berühmten Canal Grande tödlich verunglückt. Der 50-Jährige kam ums Leben, als seine Gondel mit einem Vaporetto zusammenstieß. Der Unfall ereignete sich unweit der berühmten Rialto-Brücke. Der aus München kommende Strafrechtsprofessor erlag noch am Unfallort seinen schweren Verletzungen. AFP > *Panorama*

Christina Obergföll holt Gold im Speerwurf

Moskau – Christina Obergföll hat zum Abschluss der Leichtathletik-WM in Moskau Gold im Speerwurf gewonnen. Die 31 Jahre alte Offenburgerin sicherte sich mit 69,05 Meter den ersten großen Titel ihrer Karriere und verwies Kimberley Mickle aus Australien auf Rang zwei. Obergföll brachte dem deutschen Team den vierten Titel bei der WM. sz > Seite 4 und Sport

DAS WETTER

TAGS 29°/9° NÄCHTS

Wolken überwiegen immer wieder. Die Sonne bekommt nur vereinzelt Chancen. Im Tagesverlauf kommt es zu teils kräftigen Regengüssen und Gewittern. 16 bis 24, Richtung Lausitz und in Niederbayern 25 bis 29 Grad. > Seite 15 und Lokales

Gewinnzahlen vom Wochenende
Lotto (17.8.2013): 13, 17, 19, 25, 28, 42
Superszahl: 8
Toto: 2, 1, 2, 1, 1, 2, 2, 1, 0, 1, 1, 2, 2
Auswahlwette: 9, 14, 25, 26, 29, 34
Satzspiel: 39
Spiel 77: 7 4 7 6 3 8 4
Super 6: 1 8 7 2 2 7 (Ohne Gewähr)
> Weitere Gewinnzahlen: *Wirtschaft*, Seite 20

Die SZ ist auch als App für das iPad und Windows 8 erhältlich.

AUSLAND

Nordkorea für Familientreffen

Seoul – Erstmals seit 2010 soll es wieder grenzübergreifende Treffen für koreanische Familien geben, die seit dem Korea-Krieg (1950-53) auseinandergerissen sind. Das nordkoreanische Komitee für die friedliche Wiedervereinigung erklärte am Sonntag laut staatlichen Medienberichten, Pjongjang nehme den Vorschlag Südkoreas für die Treffen am 19. September an. An diesem Tag wird in Korea traditionell das Erntedankfest Chuseok begangen. Die Familienzusammenführung soll im Ferienpark Kumgang im Norden stattfinden, in dem sich in den Jahren 1998 bis 2008 bereits Tausende Südkoreaner aufhielten. Etwa 72 000 Südkoreaner stehen auf einer offiziellen Warteliste, in der Hoffnung, ihre Verwandten im Norden besuchen zu dürfen. AFP

Chemiewaffen-Suche in Syrien

Damaskus – Ein Team von UN-Inspektoren ist am Sonntag in Damaskus eingetroffen, um Hinweise auf den Einsatz von Chemiewaffen im syrischen Bürgerkrieg auf den Grund zu gehen. Wochenlang war um die Mission gerungen worden, bevor die Staatsführung unter Präsident Baschar al-Assad die Untersuchung erlaubte. Der UNO liegen Berichte der syrischen Regierung, der USA, Frankreichs und Großbritanniens vor, wonach an 13 Orten Chemiewaffen eingesetzt wurden. Die Staatsführung und die Aufständischen werfen sich gegenseitig vor, Chemiewaffen genutzt zu haben. Die USA haben den Einsatz von Chemiewaffen als Grund für eine militärische Intervention genannt. AFP

UN befreien 82 Kindersoldaten

Addis Abeba – Die UN-Friedenstruppe Monusco (Foto: Reuters) im krisengeschüttelten Kongo hat 82 Kinder aus den Händen von bewaffneten Milizen befreit. Einige von ihnen waren erst acht Jahre alt, sie wurden von der Rebellengruppe „Mai Mai Bakata Katanga“ als Kindersoldaten missbraucht. Unter den in der vergangenen Woche Befreiten sind nach UN-Angaben auch 13 Mädchen. Die Kinder seien alle in den vergangenen sechs Monaten als Kämpfer



rekrutiert worden, teilte die Monusco mit. 40 der befreiten Opfer wurden bereits wieder zu ihren Familien gebracht. Die Rekrutierung von Kindersoldaten müsse als Kriegsverbrechen betrachtet werden, sagte der deutsche Monusco-Chef Martin Kobler. Seit Anfang des Jahres hat die UN-Friedenstruppe zusammen mit ihren Partnerorganisationen 163 Kinder aus der Gewalt der berüchtigten Miliz befreit. DPA

Weniger Entwicklungshilfe

Berlin – Die deutsche Entwicklungshilfe ist nach Zahlen der Organisation One erstmals seit Jahren rückläufig. Rechne man die Mittel für Schuldenerlass heraus, habe sie 2012 nur 9,7 Milliarden Euro betragen – gegenüber 10,1 Milliarden Euro im Jahr zuvor. Vor allem Afrika habe der Bund weniger unterstützt. Waren es 2011 noch 3,5 Milliarden Euro gewesen, sank die Hilfe 2012 auf knapp unter drei Milliarden Euro. One bezeichnet diesen Rückgang als „erschütternd“. Das Entwicklungsministerium wies die Befunde zurück. Den Schuldenerlass eingerechnet, ergebe sich auch für 2012 ein Zuwachs. MIBA

„Man ist schlicht schockiert“

Fabian Picardo, Chefminister von Gibraltar, beschuldigt die Regierung in Madrid, mit ihren Drohungen gegen das britische Überseegebiet von eigenen Skandalen ablenken zu wollen. Auch viele Spanier empörend das

INTERVIEW: THOMAS URBAN

Ein Konflikt zwischen Madrid und London um das britische Überseegebiet Gibraltar macht seit Wochen Schlagzeilen. Madrid wirft den Behörden von Gibraltar vor, durch ein künstliches Riff spanischen Fischerbooten den Weg zu ihren Fanggründen blockiert zu haben. Die britische Seite beschwert sich über Grenzschikanen. Nun hat London einen Flottenverband geschickt. Gibraltars Chefminister Fabian Picardo kritisiert, die spanische Regierung spitze die Dinge zu.

SZ: Chief Minister, es gibt Streit zwischen Madrid und Ihrer Regierung wegen eines 100 Meter langen künstlichen Riffs. Anstatt aber auf Entspannung zu setzen, legen nun in Ihrem Hafen britische Kriegsschiffe an. Bedeutet dies eine Rückkehr zur alten Kanonenbootpolitik?

Fabian Picardo: Mit Kanonenbooten wurde im 19. Jahrhundert Politik gemacht. Unser Ziel heute ist es, durch Kooperation die Lebensbedingungen der Bürger zu verbessern. Leider erleben wir in diesen Tagen, wie die spanische Politik die Dinge zu spitzt und somit die Lage für ihre eigenen Bürger in der umliegenden Region verschlechtert. Außerdem wurde der Besuch des britischen Flottenverbandes bereits vor längerer Zeit vereinbart, worüber auch Madrid offiziell informiert wurde.

Warum wurde überhaupt dieses Riff angelegt und somit spanischen Fischerbooten die Zufahrt zu Fanggründen versperrt?

Zum einen ist dieser gerade einmal einen halben Quadratkilometer große Teil unserer Bucht, in der im Prinzip spanische Boote fischen dürfen, völlig überfisch. Zuletzt hat hier nur noch ein einziges Boot gefischt. Zum anderen haben wir genau die Maßnahmen zum Naturschutz kopiert, die die Regionalregierung Andalusiens hier an der Küste selbst ergriffen hat: Die Schaffung von künstlichen Riffen aus Betonblöcken mit großen Löchern, die die Ansiedlung der hier typischen Meeresfauna fördern. Es ist keineswegs so, wie ein Teil der spanischen Medien es darstellt, dass die Blöcke in spanischen Hoheitsgewässern versenkt wurden.

Aber haben Sie denn die spanische Seite nicht vorher informiert?

Selbstverständlich wussten die spanischen Fischer Bescheid. Umso weniger Verständnis haben wir für die völlig überzogene Reaktion Madrids. Wobei diese allerdings durchaus zur Gibraltar-Politik der seit Ende 2011 regierenden Konservativen passt. Die Zahl von kleinen Zusammenstößen vor unserem Hafen hat sich vervielfacht. Wir hatten erst kürzlich den Fall, dass ein spanisches Patrouillenboot Jetskifahrer in unseren Gewässern mit Gummimunition beschossen hat.

Aber warum lassen sich diese Dinge nicht auf diplomatischer Ebene klären?

Weil die spanische Regierung alle Gesprächsfäden hat abreißen lassen. Dazu gehörte eine Dreierkommission aus Vertretern Madrids, Londons und von uns. Sie wäre der richtige Ort, alle Differenzen zu klären. Stattdessen wurden wir schockiert von einem öffentlich verkündeten Katalog von Strafmaßnahmen: Kontrollen, die am Grenzübergang kilometerlange Autoschlängen entstehen lassen, Drohungen, eine Gebühr von 50 Euro pro Grenzübergang zu erheben oder den Luftraum so zu sperren, dass Flugzeuge zu gefährlichen Manövern gezwungen werden.

Wieso gefährliche Manöver?

Die Einflugschneise würde von den Piloten sehr enge Kurven verlangen – und das in einem Abschnitt, in dem wegen unseres Felsens ständig starke Wirbelwinde entstehen. Warum aber soll ohne Not die Gefahr für die Passagiere erhöht werden?



Spanier demonstrieren auf ihrer Seite der Grenze für die Beilegung des Konflikts (oben links). Gibraltar-Besucher müssen dieser Tage viel Geduld mitbringen, weil Madrid die Kontrollen verschärft hat. FOTOS: JON NAZCA/REUTERS (2), OLI SCARFF/GETTY IMAGES, AFP/MARCOS MORENO



Aber die Einführung einer Grenzgebühr würde die Einwohner von Gibraltar hart treffen, nicht zuletzt, weil Touristen wegblieben.

Treffen würde es ja auch die Spanier, die bei uns arbeiten. Das sind etwa 10 000. Schon jetzt bekommen wir reichlich Signale von spanischen Politikern aus der Region, wie sehr sie der Konfrontationskurs Madrids bekümmert. Bei uns herrscht nahezu Vollbeschäftigung, in Andalusien dagegen ist die Arbeitslosenquote sehr hoch. Die Region würde unter einer Behinderung des Personenverkehrs leiden, so wie es in den Zeiten des Diktators Franco war.

Wie war es denn unter Franco?

Er ließ Gibraltar 1969 völlig abriegeln. Der erste Schritt dazu war übrigens das von heute auf morgen erlassene Verbot, Sauerstoffflaschen hierher zu bringen. Es hatte zur Folge, dass diese in den Krankenhäusern zur Beatmung fehlten und Patienten starben. Durch die Abschottung der Grenze wurden Familien getrennt, wie bei der Berliner Mauer.

Wie sah das im Alltag aus?

Wer Verwandte besuchen wollte, musste erst mit der Fähre nach Marokko fahren und von da zurück über das Meer. Bis heute sind die 16 Jahre bis 1985, als zehn Jahre nach dem Tod Francos die Grenze endlich wieder geöffnet wurde, eine traumatische Erfahrung für die Bevölkerung der Region, bei uns ebenso wie auf spanischer Seite. Schließlich sind in der Vergangenheit Hunderte Ehen über die Grenze hinweg ge-

schlossen worden. Meine Mutter kam damals wegen des zwei Tage dauernden Umwegs über Marokko zu spät, als ihr Bruder in der Stadt Algeciras auf der anderen Seite der Bucht auf dem Totenbett lag, obwohl es mit dem Auto nur eine Viertelstunde gewesen wäre.

Wie reagieren denn die Menschen hier auf die Zuspitzung der Konfrontation?

In unserer spanischen Nachbarstadt La Línea, zu der wir sehr gute Beziehungen pflegen, ist man schlicht schockiert. Auch bei der spanischen Polizei, der Küstenwache, den Rettungsdiensten, mit denen wir sehr gut zusammenarbeiten, versteht man die eigene Führung im fernen Madrid nicht. Und es empört die Menschen, weil es offenkundig ist, dass die Regierung dort von eigenen Problemen ablenken möchte, nämlich ihren Korruptions- und Schwarzgeldskandalen.

Madrid sagt das Gegenteil: Gibraltar sei ein Paradies für Steuerhinterzieher, Geldwäscher und Finanzspekulanten.



Der Rechtsanwalt Fabian Picardo, 41, führt seit Dezember 2011 als Chefminister die Regierung der Ex-Kolonie Gibraltar. Der Oxford-Absolvent gehört der Sozialistischen Arbeiterpartei an und ist für eine direkte Sprache bekannt. FOTO: REUTERS

Sowohl der Internationale Währungsfonds als auch die Kontrolleure der OECD haben uns genau unter die Lupe genommen: Unser Finanzsystem ist transparent, alle internationalen Regeln werden eingehalten. Überdies haben wir Steuerabkommen mit 26 Staaten, darunter der Bundesrepublik und den in dieser Hinsicht ebenfalls besonders strengen USA. Die spanische Seite wiederholt zwar gern ihre Vorwürfe, hat sie bislang aber nie konkret untermauert.

Madrid fordert nun die Umsetzung einer UNO-Resolution von 1966, die das Ende des Kolonialstatus für Gibraltar fordert.

Wir stimmen dieser Forderung voll und ganz zu. Der Unterschied liegt in den Vorstellungen über die Folgen. Madrid pocht auf das Konzept der „territorialen Einheit“, mit anderen Worten, den Wiederanschluss Gibraltars an Spanien, ungeachtet der Tatsache, dass es vor genau 300 Jahren am Ende des Spanischen Erbfolgekrieges per Vertrag abgetreten wurde.

Und worauf pochen Sie?

Für uns ist das entscheidende Kriterium das Selbstbestimmungsrecht der Völker laut der UN-Charta. Die Lage ist eindeutig: Alle Volksabstimmungen haben ergeben, dass unsere 30 000 Bürger weiter zu Großbritannien gehören möchten, selbstverständlich mit einem Höchstmaß an Selbstverwaltung. Das letzte Votum fand im Jahr 2002 statt, gegen eine Abtretung von Souveränitätsrechten an Spanien stimmten 99 Prozent. Heute wäre das Ergebnis nicht anders.

Toxische Daten

Tiflis sichtet Spionagevideos

Während die Welt darüber streitet, welche Geheimdienste welche Daten mit welchen Mitteln sammeln, ist Georgien einen Schritt weiter: In dem kleinen Staat im Kaukasus muss derzeit eine Regierungskommission die Frage klären, wie man einmal gesammeltes Material wieder los wird. Einfach löschen, könnte man meinen – aber die Sache ist komplizierter.

Seit bei der Parlamentswahl im Oktober 2012 die Vereinigte Nationale Bewegung von Präsident Michail Saakaschwili an der Regierung abgelöst wurde, ist die neue Regierung unter dem Milliardär Bidsina Iwanischwili eifrig dabei, Vergehen der Vorgänger ans Licht zu bringen und die Verantwortlichen hinter Gitter. Gegen etliche ehemalige Minister und hohe Beamte laufen Verfahren wegen Amtsmissbrauchs und Korruption.

Bei ihren Untersuchungen stießen die Ermittler im Innenministerium auf ein Archiv, das insgesamt etwa 24 000 Ton- und Videoaufnahmen umfasst, die der Geheimdienst in den vergangenen Jahren gemacht hat. Ein großer Teil der Aufnahmen wurde bei Treffen von Politikern, Journalisten und Aktivisten der Zivilgesellschaft aufgenommen. Andere zeigen Folterszenen in Gefängnissen. Auf einer Reihe von Videos wiederum sind offenbar Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens beim Sex in allen Variationen zu sehen – im Ehebett, mit gleichgeschlechtlichen Partnern oder beim Seitensprung. Derlei kompromittierendes Material – im Jargon des KGB als „Kompromat“ abgekürzt – wird als stille Reserve genutzt, um Gegner bei Bedarf erpressen zu können.

Wichtige Personen sind beim Sex in allen Variationen zu sehen

Seit Juni berät nun eine neunköpfige Kommission darüber, wie mit dem Fund zu verfahren sei. Ihr gehören neben Innenminister und Generalstaatsanwalt auch Vertreter der Zivilgesellschaft an. Die Regierung hätte das Material gern aufbewahrt – als Beweis für die illegalen Methoden ihrer Vorgänger in kommenden Verfahren. Die Bürgervertreter dagegen plädierten für eine rasche Löschung. Der schwedische Diplomat und ehemalige Menschenrechtskommissar des Europarats, Thomas Hammarberg, riet in einem Gutachten im Juli: „Wann immer es einen Konflikt zwischen dem Recht auf Privatsphäre und den Interessen der Strafverfolgung gibt, sollte dem Ersteren der Vorrang gegeben werden.“ Die Kommission einigte sich auf seinen Vorschlag hin auf ein aufwendiges Verfahren: Ihre Mitglieder müssen die Aufnahmen sichten, auswerten und katalogisieren, bevor sie sie vernichten. Vor Gericht soll die Dokumentation dann als Beweis gelten und die Kommissionsmitglieder als Zeugen befragt werden.

Bis Ende Januar 2014 haben sich die Kommissionsmitglieder Zeit gegeben, um sich durch die Massen des geheimdienstlichen Sondermülls zu wühlen. Besonders sensible Daten von Folter oder aus dem Privatleben Prominenter sollen Vorrang haben. Eigentlich lief in der vergangenen Woche die Frist aus, um die ersten hundert der garstigsten Filme zu löschen. Dazu ist es aber erst einmal nicht gekommen – mehrere Kommissionsmitglieder waren verreist.

Ob sich das toxische Material je wieder aus der Welt schaffen lässt, ist ohnehin fraglich. Hammarberg warnt in seinem Gutachten, dass Täter und Mitwisser Dateien mitgenommen haben könnten. Das Parlament in Tiflis hat ein Gesetz auf den Weg gebracht, das demjenigen Straffreiheit zusichert, der Kompromat freiwillig an die Behörden zurückgibt. Aber was bedeutet schon Zurückgeben und Löschen, wenn digitale Kopien einmal in der Welt sind? JULIAN HANS

Edition

CLAUS HULVERSCHEIDT
EINE FRAGE DER GERECHTIGKEIT!
Ein Pillayver für ein faules Steuersystem

Auch als eBook erhältlich!

Süddeutsche Zeitung Edition Streitschrift

Im deutschen Steuerrecht muss alles anders werden.

Das deutsche Steuerrecht ist eines der kompliziertesten. Die Leidtragenden dabei sind die Durchschnittsverdiener, während sich Vermögende und Konzerne aus der Verantwortung stehlen. Darum fordert Claus Hulverscheidt, das Steuersystem vom Kopf wieder auf die Füße zu stellen. Wie das geht, erklärt er in seinem Buch: „Es müssen große Summen bewegt, Ideologien geopfert, Widerstände beseitigt und Hasenfüßigkeit überwunden werden. Es bedarf eines Sechs-Punkte-Plans für mehr Wachstum und Gerechtigkeit.“

Jetzt für 4,90 € überall im Handel, unter sz-shop.de oder im Service Zentrum der Süddeutschen Zeitung, Fürstenfelder Str. 7, 80331 München.



Claus Hulverscheidt ist Leiter der Wirtschaftsredaktion im Berliner Parlamentsbüro der Süddeutschen Zeitung.

Seien Sie anspruchsvoll.

Süddeutsche Zeitung

AVISO

Süddeutsche Zeitung
19 de agosto 2013

Página 1

"Totalmente disparatado"

Gibraltar vierte graves acusaciones contra el Gobierno español

Gibraltar - El Ministro Principal de Gibraltar, Fabián Picardo, ha acusado al Gobierno español de exagerar las diferencias sobre un arrecife artificial frente a la península [de Gibraltar] para desviar la atención de su propios casos de corrupción y dinero negro. En una entrevista con el diario Süddeutsche Zeitung, Picardo sostiene que el arrecife de bloques de hormigón perforados sirve para la recuperación de la fauna marina en un sector sobreexplotado. Medidas como la ralentización de los controles fronterizos impuestos por Madrid, que provocan horas de espera en pleno verano, y la amenaza de restringir el espacio aéreo para los aviones de Gibraltar son totalmente disparatadas. Perjudicarían a miles de españoles de la región que trabajan en Gibraltar. Picardo, miembro del Partido Laborista de Gibraltar, acusa a la cúpula política en Madrid de querer anexionar el territorio autónomo británico de ultramar de nuevo a España.

Política - Página 7

"Estamos sencillamente espantados"

Fabián Picardo, Ministro Principal de Gibraltar, acusa al gobierno de Madrid de tratar de desviar la atención de sus propios escándalos con sus amenazas contra el territorio de ultramar británico. Esto también indigna a muchos españoles.

Entrevista: Thomas Urban

El conflicto entre Madrid y Londres acerca del territorio de ultramar británico de Gibraltar acapara titulares desde hace semanas. Madrid acusa a las autoridades de Gibraltar de bloquear por medio de un arrecife artificial el acceso de barcos pesqueros españoles a sus caladeros. La parte británica se queja de acoso fronterizo. Ahora Londres ha enviado una unidad naval. El Ministro Principal de Gibraltar, Fabián Picardo, critica que el Gobierno español empeora la situación.

SZ: Ministro, existe un conflicto entre Madrid y su Gobierno a causa de un arrecife artificial de 100 metros de largo. Pero en lugar de buscar la distensión, en su puerto atracarán buques de guerra británicos. ¿Esto significa un retorno a la vieja diplomacia de las cañoneras?

Fabián Picardo: Con cañoneras se hacía política en el siglo XIX. Nuestro objetivo hoy en día es mejorar las condiciones de vida de los ciudadanos a través de la cooperación. Por desgracia, estamos viendo en estos días como la política española dramatiza los asuntos y, por lo tanto, agrava la situación para sus propios ciudadanos de la región circundante. Además, la visita de la flota británica se acordó hace algún tiempo, de lo que Madrid también fue informada oficialmente.

¿Porque se creó este arrecife impidiendo así el acceso de los barcos pesqueros españoles a los caladeros?

AVISO

En primer lugar, se trata de una parte de nuestra bahía de un escaso medio kilómetro cuadrado que está completamente sobreexplotada, en la que los barcos españoles pueden faenar en un principio. Últimamente solo faenaba un barco aquí. En segundo lugar, hemos copiado exactamente las medidas de conservación medioambientales que la Junta de Andalucía ha tomado aquí en la costa: la creación de arrecifes artificiales hechos de bloques de hormigón con grandes agujeros que favorecen el asentamiento de la vida marina típica de la zona. Y es completamente erróneo, tal y como lo retrata una parte de los medios de comunicación españoles, que estos bloques se sumergieran en aguas territoriales españolas.

¿Pero no se informó a la parte española con anterioridad?

Por supuesto, los pescadores españoles estaban al corriente. Menos aún entendemos la reacción totalmente desproporcionada de Madrid. Aunque ésta, sin embargo, se ajusta bastante a la política sobre Gibraltar de los conservadores que gobiernan desde finales de 2011. El número de pequeños enfrentamientos ante nuestro puerto se ha multiplicado. Recientemente vivimos el caso de una patrullera española que disparó a una moto acuática [gibaltareña] en nuestras aguas con balas de goma.

¿Pero por qué no se pueden aclarar estas cosas a nivel diplomático?

Porque el gobierno español ha cortado cualquier canal de comunicación. Esto incluye a una comisión tripartita integrada por representantes de Madrid, Londres y Gibraltar. Éste sería el foro adecuado para resolver todas las diferencias. En su lugar, nos quedamos impactados por el anuncio público de un elenco de sanciones castigadoras: controles en el paso fronterizo que provocan atascos kilométricos, amenazas de cobrar una tasa de 50 euros por cada cruce de frontera o restricciones del espacio aéreo que obligarían a los aviones a realizar maniobras peligrosas.

¿Maniobras peligrosas debidas a qué?

Exigiría que el piloto realizara un giro muy cerrado en la aproximación de aterrizaje en una zona de fuertes turbulencias debido a la [ceranía del] Peñón. ¿Por qué se va incrementar el riesgo para los pasajeros sin necesidad alguna?

Pero la introducción de una tasa fronteriza tendría un duro impacto para los habitantes de Gibraltar, sobre todo porque llegarían menos turistas.

Impactaría de igual manera a los españoles que trabajan aquí. Son alrededor de 10.000. Los políticos españoles de la región se han dirigido en numerosas ocasiones a nosotros para hacernos saber cuánto lamentan la política de confrontación de Madrid. En Gibraltar gozamos de una situación de casi pleno empleo; en Andalucía, sin embargo, la tasa de desempleo es muy alta. La región sufriría bajo una obstrucción de la libre circulación, como fue el caso en los tiempos del dictador Franco.

¿Y cómo fue con Franco?

AVISO

Cerró Gibraltar a cal y canto en 1969. El primer paso fue la prohibición, de la noche a la mañana, de exportar bombonas de oxígeno [a Gibraltar]. Como resultado, éstas escaseaban en los hospitales para la respiración artificial y murieron pacientes. El cierre de la frontera desmembró a las familias, de la misma manera que el Muro de Berlín.

¿Cómo se vivió el día a día?

Quién quería visitar a sus familiares, tenía que tomar el ferry a Marruecos y desde allí regresar por mar [a España]. Los 16 años que duró esta situación hasta 1985, cuando diez años después de la muerte de Franco la frontera finalmente se abrió de nuevo, siguen siendo hoy una experiencia traumática para la población de la región, para nosotros, igual que para el lado español. Después de todo, se produjeron cientos de matrimonios entre gente de ambos lados de la frontera. Mi madre llegó demasiado tarde para presenciar la muerte de su hermano en Algeciras, al otro lado de la Bahía, un trayecto de un cuarto de hora en coche desde aquí, por el rodeo de dos días que había que dar por Marruecos.

¿Cómo reacciona la gente aquí a la escalada de la confrontación?

En nuestra ciudad vecina de La Línea, con la que tenemos muy buenas relaciones, están sencillamente espantados. Incluso la policía española, su servicio marítimo y los servicios de rescate, con los que trabajamos muy bien, no entienden a su propio Gobierno en la lejana Madrid. Y la gente está indignada, ya que es obvio que el Gobierno quiere distraer la atención de sus propios problemas de escándalos de corrupción y dinero negro.

Madrid dice todo lo contrario: Gibraltar es un paraíso para los evasores de impuestos, los blanqueadores de dinero y los especuladores financieros.

Tanto el Fondo Monetario Internacional como la OCDE nos han examinado al detalle: nuestro sistema financiero es transparente, se cumplen todas las normas internacionales. Además, tenemos acuerdos de intercambio de información fiscal con 26 países, entre ellos Alemania y EE.UU., que son muy estrictos en estos temas. Aunque a la parte española le gusta repetir sus acusaciones, nunca las ha podido fundamentar hasta el momento.

Ahora, Madrid solicita la aplicación de la Resolución 1966 de la ONU, pidiendo el fin de la situación colonial de Gibraltar.

Estamos totalmente de acuerdo con esta solicitud. La diferencia radica en las ideas acerca de las consecuencias. Madrid insiste en el concepto de "integridad territorial", en otras palabras, la reincorporación de Gibraltar a España, a pesar del hecho de que lo cedió por tratado al final de la Guerra de Sucesión Española hace exactamente 300 años.

¿Y usted en qué insiste?

Para nosotros, el criterio clave es la autodeterminación de los pueblos, de acuerdo con la Carta de las Naciones Unidas. La situación es clara: todos los referendos han demostrado que

AVISO

nuestros 30.000 ciudadanos quieren seguir perteneciendo al Reino Unido, con un máximo de autonomía, por supuesto. La última votación se llevó a cabo en 2002 y el 99% votó en contra de una transferencia de derechos de soberanía a España. Hoy en día, el resultado no sería diferente.

Nota a redactores:

Esta es una traducción realizada por la Oficina de Información de Gibraltar. Algunas palabras no se encuentran en el documento original y se han añadido para mejorar el sentido de la traducción.

Para cualquier ampliación de esta información, rogamos contacte con
Oficina de Información de Gibraltar
Miguel Vermehren, Madrid, miguel@infogibraltar.com, Tel 609 004 166
Sandra Balvín, Campo de Gibraltar, sandra@infogibraltar.com, Tel 661 547 573